

Gastbeitrag zu einer wirtschaftsliberalen Reformagenda in vier Punkten

Es braucht mutige Reformen

Wie weiter? Diese einfache Frage stellen sich heute nicht nur Unternehmer, sondern auch viele Angestellte, deren Zukunft unsicher ist. Menschen – wie auch Unternehmen – brauchen Perspektiven und eine Existenzsicherung, um gut aus der Coronakrise zu kommen. Für viele ist es zynisch, wenn man schreiben würde, dass eine Gesundheits- und Wirtschaftskrise in diesem Ausmass auch eine Chance sei. Leid kann nicht eine zwingende Voraussetzung von grundlegenden Reformen sein. Doch meistens sind einschneidende Krisen wie die jetzige Auslöser für grössere Veränderungen.

Ich bin überzeugt, dass Veränderungen notwendig sind, um wieder Perspektiven für alle zu schaffen. Die Coronakrise hat uns gezeigt, wie stark unser aller Interesse an einer florierenden Wirtschaft ist – denn davon abhängig sind unzählige Arbeitsplätze. Es ist klar, dass im Moment rasch und effektiv den betroffenen Branchen durch den Staat geholfen werden muss. Dies ist unmittelbar notwendig und richtig, aber kein Rezept für die Zukunft. Denn: Durch Umverteilung werden keine Arbeitsplätze geschaffen. Arbeitsplätze müssen erwirtschaftet werden.

Aus diesem Grund muss eine wirtschaftsliberale Reformagenda ins Zentrum der politischen Diskussionen rücken, deren mögliche Inhalte ich gerne zur Diskussion stelle:

1. Stärkung des Arbeitsmarktes: Arbeitnehmerinnen und -nehmer sollen mehr Freiheit in der Gestaltung ihres Alltags erhalten. Das Arbeitsrecht aus dem Jahr 1964 muss gesamthaft revidiert werden. Wie lange, zu welchem Zeitpunkt und von wo aus jemand seine/ihre Arbeit erledigt, soll keine staatliche Angelegenheit mehr sein.

«Im Zentrum aller Forderungen soll der Mensch stehen.»

2. Bildung und Unternehmertum für alle: Persönliche Investitionen in Weiterbildungen sollen auf Lebzeiten unbegrenzt von den Steuern abzugsfähig sein. Wie die Jobprofile in zehn Jahren aussehen, ist heute in vielen Fällen nicht bekannt. Wir brauchen darum Anreize, unsere Fähigkeiten zu erweitern. Zudem soll in der Ausbildung Unternehmertum zur Pflicht werden. Während die Hochschulen schon aktiv und erfolgreich Unternehmensgründungen ihrer Studierenden (sogenannte «Spin-offs») fördern, haben Fachhochschulen und Berufsschulen Nachholbedarf. Die Zusammenhänge von unternehmerischem Handeln, Einnahmen, Ausgaben, steuerlichen Folgen und unternehmerischer Verantwortung müssen mehr gelernt werden und zu Bewusstheit werden. Heute wird das Erwirtschaften von Gewinn beinahe verpönt, obwohl der Gewinn nichts anderes ist als «Kosten für das Überleben». Es ist an der Zeit, das Unternehmertum wieder mehr zu fördern, denn alle Menschen profitieren direkt davon.

3. Eine weltoffene Migrationspolitik im Interesse der Schweiz: Die Besten der Welt sollen in der Schweiz arbeiten können. Viele Firmen wachsen ausserhalb der Schweiz, weil

sie im Inland nicht ausreichend hochqualifizierte Arbeitskräfte finden. Dies führt langfristig zu einem Abbau von Schweizer Arbeitsplätzen. Um das zu verhindern, braucht es mindestens 500 Kontingente mehr pro Jahr, insbesondere für Start-ups. Diese Personen sollen nicht in Konkurrenz zu in der Schweiz lebenden Personen stehen, sondern diese ergänzen.

4. Ein Staat für die Bürgerinnen und Bürger – nicht umgekehrt: Das Wachstum der Verwaltung darf schlicht nicht grösser sein als jenes der Privatwirtschaft. Unter dem Vorwand der Coronakrise darf es zu keiner Steuererhöhung kommen. Richtig wäre in diesem Zusammenhang, wenn die Steuer auf die Schaffung von Eigenkapital (Emissionsabgabe) abgeschafft würde, sodass die Widerstandsfähigkeit der Firmen zunimmt. Eine florierende Wirtschaft führt nicht nur zu mehr Arbeitsplätzen, sondern auch zu höheren Steuereinnahmen, mit welchen die zunehmende Schuldenlast abgebaut werden kann.

Im Zentrum aller Forderungen soll der Mensch stehen. Möglichst viele Personen in der Schweiz sollen einer sinnstiftenden Arbeit nachgehen und so gut wie möglich für sich selber vorsorgen können. Unsere Stärke als Gesellschaft misst sich nicht nur an den Schwächsten, sondern auch an der Summe aller Individuen. Es braucht deshalb bald mutige Reformen, um Perspektiven zu schaffen und Existenzen zu sichern.



Andri Silberschmidt
Nationalrat FDP/ZH

Kommentar

Aargau: Impfen nur mit Widersprüchen

Die Impfkampagne laufe gut, im Mai würden viele Dosen geliefert, sagte Gesundheitsdirektor Jean-Pierre Gallati vor zwei Wochen. Damals waren Bundesrat Alain Berset und BAG-Direktorin Anne Lévy zu Besuch – von beiden gab es zuletzt positive Nachrichten. Das BAG teilte mit, noch im März werde mehr Impfstoff in die Schweiz geliefert. Berset twitterte, der Bund habe weitere drei Millionen Dosen von Pfizer Biontech gekauft.

Gallati sandte gemischte Signale aus: Schon am Dienstag warnte er vor zu grossen Erwartungen und sagte, die Mai-Lieferung von Impfdosen in den Aargau werde viel kleiner ausfallen als erwartet. Doch der Aargau habe bisher noch nie einen Impftermin verschieben müssen, weil man die Zweitimpfung immer vorrätig halte.

Zwei Tage danach gab es schlechte Neuigkeiten von Gallatis Departement: Erstmals müssen Impftermine verschoben werden, drei Impfzentren werden ab nächster Woche vorübergehend geschlossen, die Anzahl der mobilen Impfteams wird reduziert. Die kurzfristige Perspektive für die Impfungen im Aargau ist getrübt.

Längerfristig sieht es besser aus: Die Altersgrenze für die Impfung sinkt von 75 auf 65 Jahre, nach Ostern sind weitere Angestellte im Gesundheitswesen an der Reihe, ab Mai sollen die Hausärzte impfen können. Auch diese Phasen dürften nicht ohne Widersprüche verlaufen. Alles hängt am Impfstoff – und weder der Bund, noch der Kanton kann die Dosen selber liefern.



Fabian Hägler
fabian.haegler@chmedia.ch

Apropos

Nicht müssen und nicht dürfen

Der Verwirrung über offene und geschlossene Skiterrassen liegt ein Missverständnis zugrunde. Auf die Frage eines Journalisten, ob diese nun geschlossen werden müssten, antwortete Bundesrat Berset an der Medienkonferenz wörtlich: «Sie müssen nicht geöffnet sein.» Kein Wunder, dass einige Bergkantone das zunächst falsch interpretierten. Nun muss man wissen, dass Berset eigentlich sagen wollte: «Sie dürfen nicht geöffnet sein.» Also: Sie müssen geschlossen werden. Aber Berset machte einen für Romands typischen Übersetzungsfehler. «Nicht müssen» (ne pas devoir) heisst eben auf Französisch «nicht dürfen» – wie auch auf Englisch (must not).

Das erinnert mich an den welschen Kadi, den wir in der RS hatten. Mittlerweile ist er ein hohes Tier in der Bundesverwaltung. Er appellierte jeweils an uns Rekruten: «Auf dem Fahrzeug Sie müssen nicht schlafen, nicht essen und nicht rauchen.» Darüber freuten sich vor allem die Nichtraucher.

David Angst

Bild des Tages



Im japanischen Koriyama liessen gestern Hunderte Menschen «Himmelsternen» für die Opfer des verheerenden Erdbebens und Tsunamis von 2011 in den Himmel steigen. Eine gigantische Flutwelle

bäumte sich damals an der Pazifikküste auf und wälzte alles nieder: Ganze Städte und Dörfer versanken in den Wasser- und Schlammmassen. Rund 20 000 Menschen riss die Flut in den Tod. Bild: EPA